

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 60 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeit ober den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtslicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. März d. J. den Ehrendomherrn und Pfarrer in Großwardein **Georg Bayer** zum wirklichen Domherrn des Großwardeiner römisch-katholischen Domkapitels, dann den Pfarrer zu Zilah **Johann Zalkay**, den Pfarrer zu Békés **Michael Richter**, so wie den Pfarrer zu Bärád **Nlasz Joseph Trelezky** zu Ehrendomherren des genannten Domkapitels allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 1. März d. J. den ordentlichen öffentlichen Professor der Moralthologie an der Lemberger Universität **Dr. Ludwig Malinowski**, dann den Religionslehrer am zweiten Obergymnasium in Lemberg **Dr. Ludwig Ritter von Surkowski** zu Domherren des Metropolitankapitels rit. lat. zu Lemberg allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. März d. J. die Anstellung eines Registrators und Expeditors im k. k. Oberstkämmereramte allergnädigst zu genehmigen geruht und ist diese Stelle dem bisherigen ersten Offizialen dieses Obersthofamtes **Eduard Eisenreich** verliehen worden.

Nichtamtlicher Theil.

Das **k. k. Landes-Präsidium** hat aus den für das Jahr 1865 mit 44 fl. 17 kr. 5. W. zur Verteilung kommenden Jahresinteressen der Adelsberger Grotten-Invalidenstiftung die **Patental-Invaliden Franz Kowatsch** und **Thomas Mudritsch** mit je 8 fl., den **Patental-Invaliden Johann Albrecht** mit 7 fl. 17 kr., die **Patental-Invaliden Joh. Nagode**, **Josef Tschemaßer** und **Jakob Ferlik** mit je 7 fl. und aus den für das Jahr 1865 verfügbaren Jahresinteressen der **Franz Metelk'schen Invalidenstiftung** mit 43 fl. 94 kr. die beiden **Patental-Invaliden Andreas Kontschina** und **Johann Somikar** mit je 21 fl. 97 kr. theilen lassen.

Laibach am 12. März 1865.

Laibach, 15. März.

Die Sanktionirung des Sprachengesetzes für Siebenbürgen liefert den deutlichsten Beweis, daß die Regierung fortfährt, auf konstitutionellem Wege das Land zu organisiren und den Völkern jene Rechte und Freiheiten zu gewähren, auf welche sie in einem wahrhaft konstitutionellen Staate Anspruch zu machen haben. Für das Land Siebenbürgen selbst kann die, obwohl mit manchen Schwierigkeiten verbundene Durchführung dieses Gesetzes eine Quelle des Friedens und des Gedeihens werden. Die Deutschen als der kulturelmächtigste, die Magyaren als der reichste und die Romanen als der zahlreichste Stamm mögen sich bemühen, auf dem Felde der Bildung durch geistiges Ringen den ersten Platz zu gewinnen. Es kann daraus für alle drei Stämme, mächtige Wurzel fassend auf dem eigenen Boden, nur der Vortheil erwachsen, den Nachbarländern das zu reichen, was ihnen zumeist fehlt: „Wissenschaft und Kultur.“

Auf dem Gebiete der änderen Politik dauert die Stille fort; nur das Geräusch, das die zwischen Wien und Berlin hin und her fliegenden Depeschen verursachen, ist zu vernehmen. Die Analyse der österreichischen Antwort, wie sie ein Prager Blatt brachte, wird von der „Wiener Abendpost“ als reine Er-

dichtung bezeichnet. Gleich hinter diesem geharnischten Dementi drückt die „Abendpost“ eine Wiener Korrespondenz der „A. Z.“ ohne Bemerkung ab, in welcher es heißt, daß die österreichische Antwortdepesche vom 5. d. M. mit der Kundgebung des Wunsches schließt, die preußische Regierung möge nunmehr zur Lösung der Souveränitätsfrage in den Herzogthümern die Hand bieten. Es werde nachdrücklich betont, daß höchst wichtige Interessen kaum ein längeres Hinausschieben der Lösung dieser Hauptfrage gestatten, damit wäre zugleich die mehrfach ausgesprochene Annahme widerlegt, daß es irgendwie im Interesse oder im Wunsche Oesterreichs liege, das Provisorium in den Herzogthümern zu verlängern. — Der Inhalt besagter Korrespondenz erscheint somit approbirt.

Aus Rom bringt der „Ezas“ die Nachricht, daß ein gegen die Aufhebung der polnischen Klöster gerichtetes Memorandum zu Händen des Nuntius in Wien an das St. Petersburger Kabinet abgegangen sei. Dieses Schriftstück soll sehr energisch gehalten sein und die früheren Schreiben des Papstes an Kaiser Alexander an Kraft des Ausdrucks noch weit übertreffen.

Oesterreich.

Agram, 11. März. „Domobran“ enthüllt nochmals die Absichten der kroatischen Renegaten, die jetzt unter dem Schutze der Anonymität eine so ungewöhnliche Thätigkeit entfalten und die verschiedensten Blätter mit ihren Artikeln füllen. Es gelte ihnen, die hervorragendsten Persönlichkeiten zu bemäkeln, namentlich wo möglich den Hofkanzler zu stürzen und durch einen Magyaronen zu ersetzen, ferner die Einberufung des kroatischen Landtages entweder ganz zu vereiteln oder bis zum Zusammentritt des ungarischen aufzuschieben. Darum hätten sie auch das bekannte Programm, auf welches nicht einmal der Landtag vom Jahre 1861 irgend Rücksicht zu nehmen für gut gefunden hat, aus der Kumpfkammer hervorgeholt, darum änderten sie, vor der Lüge nicht zurückschreckend, absichtlich die Unterschriften und gaben ihm den Namen eines Regierungsprogrammes, obschon die beiden Mitgefertigten, **Graf Jankovic** und **Emerich Bogovic** kein Staatsamt bekleiden.

Karlowitz, 14. März. Eine serbische und romanische Deputation haben unter dem Vorsetze des Patriarchen und des Obergespans **Kusevic** drei Tage an einer Verständigung gearbeitet; die Differenzen sind ausgeglichen. Heute ist wieder eine ordentliche Sitzung; Schulangelegenheiten sind an der Tagesordnung.

Rusland.

München, 12. März. Die „Bayerische Ztg.“ wendet sich heute in einem zwei Spalten füllenden Artikel mit der Ueberschrift: „Die Polenflüchtlinge in München“, gegen die Angriffe, deren Gegenstand die königl. Polizeidirektion in München durch ihre bekannten Maßnahmen gegen die Polenflüchtlinge geworden ist. Wie aus diesem Artikel zu ersehen ist, war es lediglich der Kostenpunkt, welcher „die mit Ziffern rechnende“ Polizeidirektion zu den ungemüthlichen Maßregeln veranlaßte. Tausende von Gulden habe die Unterstützung der Polen bereits gekostet; die Tausende wären zu Hunderttausenden geworden. Ob der Landtag diese bewilligt hätte, bleibt zweifelhaft; gewiß aber sei (und das wird mit gesperrter Schrift gedruckt) daß die Gesinnung des Volkes gegen eine Ausgabe protestirt hätte, die unter solchen Umständen erfolgt wäre.

Paris, 13. März. Bei Morny's Leichenbegängniß trugen **Rouher**, **Troplong**, **Schneider** und **Vuitry** das Bahrtuch. Morny's Papiere wurden ver-

siegelt; ein Testament hinterließ er nicht; seine Familie verwies er an den Trost eines Freundes. Der ungarische Reisende **Bambery** überreichte, wie man aus London meldet, dem Lord Russell persönlich ein Memoire, worin das Vordringen Rußlands gegen die brittischen Besitzungen in Asien geschildert wird. Aus Stockholm wird vom 12. d. M. an den „Moniteur“ die Ratifikation des französisch-schwedischen Handelsvertrages telegraphirt. Aus Turin wird gemeldet, daß das Freihafenrecht **Livorno's** zum Besten des Staatseinkommens aufgehoben werden solle. In einer der letzten Senatsitzungen griff **Kouland** besonders heftig den Ultramontanismus an und forderte nach den Bestimmungen des Konkordates Trennung der Kirche vom Staate. Man glaubt, daß die Kammer unter Leitung des Vize-Präsidenten nur die Adresse und das ordentliche Budget votiren, hierauf bis zum Oktober vertagt und sodann erst berufen werden wird, bis wohin der neue Präsident ernannt sein soll.

— 14. März. Der heutige „Moniteur“ theilt die vom Vizepräsidenten **Schneider** und dem Staatsminister **Rouher** aus Anlaß des Ablebens **Morny's** gehaltenen Reden mit.

Rouher erinnert an die Worte **Morny's**: „Die Freiheit kann nur auf friedlichem Wege durch die aufrichtige Uebereinstimmung eines liberalen Souverains mit einer gemäßigten Volksvertretung begründet werden.“

— Der Tod des Herzogs von **Morny** soll Napoleon sehr düster gestimmt haben. Am 10. und 11. wurde Niemand von ihm empfangen. Der Eindruck, den die Nachricht vom Ableben des Herzogs überall hervorgerufen, ist ein größerer, als es der Regierung lieb zu sein scheint, da ihre Korrespondenten Weisung erhielten, den Gedanken durchzuführen, daß unter dem neuen Regime der Verlust eines Mannes nur wenig zu bedeuten habe; der Kaiser sei der oberste Leiter der Politik, und so lange er lebe, werde durch den Tod eines Mannes keinerlei Veränderung herbeigeführt. Ob diese Erklärung wirklich die gewünschte beruhigende Wirkung hervorbringen werde, das ist eine andere Frage.

Brüssel, 10. März. Minister **Rogier** hatte in seiner Entgegnung auf die Angriffe wegen der belgischen Freiwilligen, welche der Kaiserin **Charlotte** nach Mexiko gefolgt waren, von Soldaten gesprochen, welche lieber zu Hause blieben und eine Pfeife rauchten, statt sich für eine Prinzessin zu schlagen. Er mag's nicht schlimm gemeint haben; aber sehr erklärlich, daß die belgische Armee diesen Satz auf sich bezog und sehr übel nahm. Es regnete Angriffe in den Bournalen und auch der König **Leopold** soll dem Herrn Minister einige nicht sehr schmeichelhafte Worte darüber gesagt haben. Gestern ergriff nun der Minister in der Kammer eine Gelegenheit und hielt der belgischen Armee eine Lobrede, um seinen Fehler wieder gut zu machen.

Petersburg, 9. März. Es zirkulirt hier das Gerücht, ein Genie-Offizier habe letzten Sonntag in einer katholischen Kirche zwei an den Pfarrer adressirte Briefe gefunden, in denen die Drohung ausgesprochen war, die polnische Emigration werde in **Nizza** die einzige Tochter des Kaisers (ein dreizehnjähriges Kind) rauben, nach Afrika führen und dort so lange gefangen halten, bis die Wünsche der Polen erfüllt seien. Die Briefe sollen einem hochgestellten Generale übergeben worden sein, durch den sie an die höchste Stelle gelangten; es sollen auch bereits zwei Verhaftungen in Folge dieser hirnverbrannten Drohung vorgekommen sein.

— Wie der „Dzienn. Pozn.“ erzählt, soll ein polnischer Schriftsteller dem Prinzen **Napoleon** das Auerbieten gemacht haben, die Uebersetzung des „Caesar“ in's Polnische unter der Bedingung unentgeltlich anfertigen zu wollen, wenn der Ertrag für

